

**Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und der SPD**

**Neu aufgelegte DGE-Standards in Schulen in Bremen und Bremerhaven umsetzen und einhalten!**

Seit dem Jahr 2010 sind die "DGE-Qualitätsstandards für die Verpflegung in Schulen" der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) Bestandteil der Ausschreibungen und Verträge für die Nutzungskonzessionen der Schulmensen in Bremen und Bremerhaven. Ziel dieser Qualitätsstandards ist die Sicherstellung eines vollwertigen, nachhaltigen und gesunden Verpflegungsangebots für das Frühstück, die Zwischenmahlzeiten und das Mittagessen für die Schüler\*innen. Den Verantwortlichen für das Schulessen dienen die DGE-Standards dabei auch als Leitfaden und Vorgabe für eine ausgewogene Ernährung im Schulalltag.

Längst sind die Zusammenhänge zwischen der Ernährung und der Leistungs- und Konzentrationsfähigkeit sowie die Auswirkungen auf die geistige und körperliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen nachgewiesen. Im Jahr 2020 wurden die DGE-Standards zur Schulverpflegung grundlegend überarbeitet und im November 2020 in modifizierter Fassung vorgelegt. Die Neufassung ist deutlich ökologischer und nachhaltiger ausgerichtet. Sie ist deutlich mehr an pflanzlicher und weniger an fleischlicher Kost orientiert. Die konsequente Umsetzung und Einhaltung der neuen DGE-Standards kann dementsprechend nicht nur zu einem gesünderen und ausgewogeneren Essensangebot führen, sondern auch zum Klima-, Tier- und Umweltschutz beitragen.

Die neu aufgelegten DGE-Standards sehen einen Mix aus Gemüse, Obst, Getreide- und Milchprodukten sowie Fleisch- und Wurstwaren vor. Für das Mittagessen fordern die Standards täglich ein Gemüse- und Salatangebot, Getreide, Getreideprodukte oder Kartoffeln, mindestens zweimal pro Woche Obst ohne Zucker oder andere Süßungsmittel, zweimal die Woche Milch und Milchprodukte und höchstens einmal Fleisch oder Wurst sowie einmal die Woche Fisch. Die DGE befürwortet darüber hinaus laut Presseinformation vom November 2020 bei Kindern und Jugendlichen grundsätzlich eine vegetarische Ernährung als Dauerkost, ohne den oben genannte Fleisch- und Fischanteil. Auch die Bedeutung einer gut gestalteten Essensumgebung wird in den DGE-Standards hervorgehoben, die zu Kommunikation, Austausch und Lernen beiträgt.

An einigen Schulen in Bremen und Bremerhaven werden die DGE-Standards schon gut umgesetzt. An anderen Schulen besteht noch Handlungsbedarf. Laut dem „Aktionsplan 2025 - Gesunde Ernährung in der Stadtgemeinde Bremen“ erfolgt die Umsetzung der DGE-Standards mit teilweise großen Abweichungen von den Vorgaben. Hier gilt es an Verbesserungen zu arbeiten und dabei die neu aufgelegten Standards besonders zu berücksichtigen.

Schüler\*innen sollten darüber hinaus auch weiterhin die Möglichkeit haben, in der Schule Kenntnisse über die Erzeugungsbedingungen und die Herkunft der Lebensmittel vermittelt zu bekommen. Ebenso sollten sie lernen, welche Auswirkungen die Produktion und der Verzehr des Essens auf Menschen, Tiere, Umwelt und Klima nach sich ziehen.

### **Beschlussempfehlung:**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Einhaltung der neu aufgelegten DGE-Standards in den Küchen und Mensen der Schulen im Land Bremen sicherzustellen, auch durch regelmäßige Kontrollen;
2. die neu aufgelegten DGE-Standards dem Personal in den Küchen und Mensen zur Verfügung zu stellen und durch geeignete Maßnahmen wie Fortbildungen bei der Einhaltung der DGE-Standards zu unterstützen;
3. mit den Betreiber\*innen, deren Nutzungskonzessionen vor 2010 abgeschlossen wurden, gemeinsam nach Wegen zur Erweiterung dieser Konzessionen zu suchen, so dass auch hier die DGE-Standards Grundlage des Angebots werden und deren Einhaltung insbesondere mit Blick auf die Gestaltung der Speisepläne in den Schulmensen sichergestellt wird;
4. dafür Sorge zu tragen, dass die Erzeugungsbedingungen und die Herkunft von Lebensmitteln sowie die Auswirkungen der Produktion und des Verzehrs auf Menschen, Tiere, Umwelt und Klima auch weiterhin im Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen behandelt werden;
5. der Bürgerschaft (Landtag) ein Jahr nach Beschlussfassung einen Bericht vorzulegen, in dem dezidiert Auskunft über den aktuellen Stand der Umsetzung gegeben wird.

Jan Saffe, Christopher Hupe, Björn Fecker und  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ingo Tebje, Miriam Strunge, Olaf Zimmer, Nelson  
Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE  
LINKE

Gönül Bredehorst, Mustafa Güngör und Fraktion  
der SPD